



aus Wiesbaden

Nr. 20 - Oktober 2004

*Liebe Genossinnen und Genossen,
der politische Herbst bietet Gelegenheit zum Nachdenken über die Zukunft unserer Partei. Erstmals zeigen die Umfrageergebnisse der SPD wieder einen Aufwärtstrend. Es wäre sicherlich leichtfertig, daraus auf eine höhere Akzeptanz für unsere Politik in Berlin zu schließen. Auch die Mitgliederentwicklung bleibt weiterhin besorgniserregend. Lösungsansätze für diese Entwicklung muss die Partei selbst erarbeiten, kurzfristige Verschnaufpausen durch bessere Umfrageergebnisse dürfen diesen Erneuerungsprozess nicht unterbrechen. Es wäre fatal, sich auf aktuellen Prognosen auszuruhen. Die CDU selbst sorgt momentan mit einem beispiellosen inhaltlichen und personellen Chaos für ihr Absacken in der Wählergunst. Kopfprämie oder nach Einkommen gestaffelte Krankenversicherungsbeiträge, Merz'sches Bierdeckelsteuerkonzept oder neues Steuermodell mit Rolle rückwärts, Zustimmung zu Hartz und Demonstration dagegen, Unterschriftenaktion Türkei – vorgestern ja, gestern nein: die Union lässt im Moment keine scharfe Klippe aus. Und die CDU-Vorsitzende hat sich beim Schlingerkurs über diese Klippen bereits etliche Blessuren zugezogen. Bis zum CDU-Parteitag im Dezember wissen wir, ob nach dem Kollateralschaden Friedrich Merz weitere Opfer zu beklagen sein werden. Das können wir in Ruhe abwarten meint*

*Heike Habermann
Landtagsabgeordnete*

Räumungsverkauf in Hessen

zum vierten Mal in Folge legte die Regierung Koch in Wiesbaden einen verfassungswidrigen Haushalt vor. Obwohl die Steuereinnahmen nach Abführung der Zahlung im Länderfinanzausgleich um rund 93 Millionen steigen, hat der



Finanzminister den Kampf mit den Haushaltszahlen offensichtlich aufgegeben. Die Investitionen werden weniger und die Schulden steigen. Stattdessen soll nun an landeseigenen Liegenschaften verscherbelt werden, was nur möglich ist. 850 Millionen Euro Einnahmen sieht der Haushalt 2005 aus dem Verkauf landeseigener Gebäude und Vermögenswerte vor. Der finanzpolitische Offenbarungseid wird besonders deutlich, wenn man die Posse um das Gebäude des Finanzministeriums betrachtet. Erst will der hessische Finanzminister das Dach über dem Kopf seiner Mitarbeiter (und über seinem eigenen!) verkaufen, dann soll die Liegenschaft wieder angemietet werden, damit das Ministerium trotz allem nicht im Regen steht. Solide Finanz- und Haushaltspolitik sieht wahrlich anders aus. Die neue Staatskanzlei wurde nach dem Umbau mit dem Argument angekauft, dies sei wirtschaftlicher als eine Anmietung. Beim Finanzministerium sollen die Hessen jetzt das Gegenteil glauben. Aber

gekauft wird doch noch etwas: Nachdem im vergangenen Jahr der Ankauf des Erbacher Schlosses wegen der berechtigten Empörung in der Öffentlichkeit in letzter Minute gestoppt wurde, tauchen im Haushalt 2005 erneut 13,5 Millionen Euro zum Erwerb just dieses Etablissements wieder auf. Wenn schon die Schulden des Landes immer weiter steigen, soll wenigstens einer entschuldigt werden: der Erbgraf Eberhard zu Erbach-Erbach hat Grund sich zu freuen.

Offensive im Schneckentempo

Immer noch müssen viele Frauen sich entscheiden zwischen dem Wunsch nach Kindern und dem nach einer eigenen Berufsperspektive. Fehlende Betreuungsplätze sind auch weiterhin eine Ursache für Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfe junger Frauen. Diese Sätze würde sogar die hessische Landesregierung unterschreiben. Doch außer ein paar kosmetischen Maßnahmen hat sich im Bereich der Kinderbetreuung wenig getan seit 1999. Mit lauter Werbetrommel wurde die ‚Offensive für Kinder‘ ins Leben gerufen. Ziel war unter anderem die Erhöhung der Zahl von Betreuungsplätzen für die Kinder unter drei Jahren. Doch die Bilanz ist kläglich. In den vergangenen Jahren wurden 260 neue Betreuungsplätze in Krabbelstuben und Krippen geschaffen. Das entspricht einem Versorgungsgrad von ungefähr vier Prozent. Demgegenüber steht ein geschätzter Bedarf von etwa 30.000 Plätzen in Hessen. Wenn die Förderung neuer Betreuungsplätze in unserem Land mit der gleichen ‚offensiven‘ Geschwindigkeit weitergeht, braucht Hessen mindestens 32 Jahre, um den heute angebotenen Bedarf abzudecken. Mit dem neuen Tagesbetreuungsbaugesetz der Bundesregierung sollen über die finanziellen Entlastungen durch Hartz IV den Kommunen 1,5 Milliarden Euro zum Ausbau der Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung gestellt werden. Es bleibt zu wünschen, dass Land und Kommunen diese Chance nutzen, um aus dem Schneckengang in eine höhere Beschleunigung zu kommen. Sonst stehen die Forderungen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf und höhere Bildungschancen für alle Kinder weiterhin nur auf dem Papier und haben wenige Chancen zur Realisierung.



Von Sachkenntnis nicht getrübt.....

Das war aber auch eine bittere Pille! OECD-Experte und PISA-Koordinator Andreas Schleicher stellte den neuen vergleichenden Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor und gab dem deutschen Bildungssystem erneut schlechte Noten. Deutschland laufe Gefahr, von der Entwicklung im Bildungswesen und damit auch der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Es werde für die Bildung der Kinder im Vorschulalter zu wenig getan, es gebe nicht die Bereitschaft über grundlegende Reformen unseres Bildungssystems nachzudenken. Ein bisschen beleidigt waren sie ja alle, die deutschen Kultusminister. Aber am meisten getroffen fühlte sich offensichtlich die hessische Kultusministerin Karin Wolff. Wie eine Furie beschwor sie die großartigen Erfolge und Anstrengungen ihrer eigenen Bildungspolitik. Und als zeugte die blindwütige Verteidigung allein nicht schon von mangelnder Souveränität im Umgang mit der Kritik international erfahrener und anerkannter Bildungsexperten, setzte Frau Wolff noch einen drauf. Herr Schleicher sei ein Ideologe, der von Sachkenntnis nicht getrübt sei, gab sie im Landtag zu Protokoll. Wenn die Ergebnisse nicht gefallen, greift man zu Diffamierung und Beleidigung - ein ministerielles Armutszeugnis!